

**Die Lehrerverbände im Gespräch
mit der Bildungspolitik.**

Thesen LCH/SER

zum ersten Schweizer Bildungstag vom 2. September 2011 in Bern

1. Ende der „mission impossible“

Die Schulen brauchen einen geklärten, machbaren und verbindlichen Auftrag. Der Lehrplan muss festlegen, was wer am Ende der Schulstufen in welcher Güte mindestens können muss. Dieser Kernauftrag ist national festzulegen, wie es der Verfassungsauftrag will. Gleichzeitig muss die Schule befähigt werden, mit den bleibenden widersprüchlichen Erwartungen an Bildung und Erziehung zu leben, wie dies in einer demokratischen und pluralistischen Gesellschaft unvermeidlich ist. Und es muss anerkannt werden, dass die Schule bei allem redlichen Bemühen nicht allen Ansprüchen gerecht werden kann. Neue Forderungen gesellschaftlicher Anspruchsgruppen dürfen nicht direkt durch Lehrmittel und Reformkampagnen den Schulen aufgedrängt werden, sondern müssen sich zuerst auf der Bühne der Lehrplanaushandlung behaupten. Für den offenen Dialog zwischen der Schule und ihrer gesellschaftlichen Umgebung müssen neue Formen jenseits von ständiger Einmischung und unqualifizierter Kritik gefunden werden.

2. In die Bildung stärker investieren

Mit 5 % des Bruttoinlandprodukts für das Bildungswesen liegt die Schweiz nur gerade im OECD-Durchschnitt. Länder wie Dänemark, Norwegen, Schweden, Finnland oder Neuseeland geben ein bis zwei Prozentpunkte mehr aus. Auch wenn Geld allein nicht automatisch Qualität bewirkt, ist Bildung vermehrt als eines der wichtigsten Investitionsgüter für den Wohlstand, das Funktionieren der Demokratie und den Erhalt der Souveränität des Landes zu betrachten. Deshalb muss der Anteil der Bildungsinvestitionen am BIP erhöht werden. Die Verbesserung der Wirksamkeit und Effizienz von Investitionen in das Bildungswesen ist eine unbestrittene Daueraufgabe. Sie ist nicht zu verwechseln mit Sparübungen, welche in der Regel weder die Wirksamkeit noch die Effizienz verbessern, sondern die Qualität beschädigen.

3. Die Besten gewinnen für den Lehrberuf

Investitionen in die Qualität des Bildungswesens sind am wirksamsten, wenn sie als Investition in die Qualität des Lehrpersonals getätigt werden. Die Lehrpersonen aller Stufen sind, bezogen auf ihren jeweiligen verschiedenartigen Auftrag, durchwegs auf Masterniveau auszubilden. Der Beruf muss attraktiv sein für engagierte, geistig regsame und an Wirkungen interessierte junge Menschen. Namentlich auch wieder für Männer. Neben der Eröffnung von Laufbahnperspektiven müssen die zeitlichen Arbeitsbedingungen so gestaltet werden, dass mehr Zeit für die seriöse Vor- und Nachbereitung des Unterrichts und die Zusammenarbeit reserviert ist. Und es muss eine Besoldungsperspektive geschaffen werden, welche den Vergleich zu anderen akademischen Berufen mit hoher Führungsverantwortung aushält. Jegliches Niveaudumping zwecks Behebung von Mangelsituationen ist kurzfristig, beschädigt das Ansehen des Berufs, führt so zu weiteren Abwendungen und verschärft mittel- und langfristig die heute schon bestehenden Qualitätsprobleme.

Erster Schweizer Bildungstag
2. September 2011
Hotel Bellevue Bern

LCH – Dachverband Schweizer Lehrerinnen und Lehrer
SER – Syndicat des enseignants romands

bildungstag.ch • journee-education.ch

Zentralsekretariat: Ringstrasse 54, 8057 Zürich 044 315 54 54
Le secrétariat général: Av. de la Gare 40, 1920 Martigny 027 723 59 60

info@bildungstag.ch • info@journee-education.ch

Die Lehrerverbände im Gespräch mit der Bildungspolitik.

4. Die Profis respektieren

Die Einmischung der Politik in operative Details der Schulführung muss durch eine Kultur des Respekts vor der Profession abgelöst werden. Die Grundidee des „New Public Management“, bisher oft pervertiert, ist endlich konsequent durchzuziehen: Die Politik erteilt den Auftrag. Die Profession rechnet den Tarif aus, zu dem dieser Auftrag erfüllbar ist. Klaffen Auftrag und Ressourcen auseinander, dann ist es wiederum an der Politik, entweder die Ressourcen nachzubessern oder den Auftrag zu reduzieren oder fallen zu lassen. Die Profession erträgt es nicht mehr, Aufträge unter Tarif ungenügend erfüllen zu müssen. Und sie lässt nicht mehr zu, dass Laien in Details der Berufsausübung hineinreden.

5. Chancengleichheit und Integration sind als Leitideen nicht verhandelbar

Öffentliche Bildung in einer demokratischen Gesellschaft ist nur denkbar unter dem Anspruch des Bemühens um Chancengleichheit und Integration. So schreibt es die Verfassung vor. Dass diese Leitideen in der Praxis dann nur unvollkommen erreichbar sind und ihrer Umsetzung Grenzen gesetzt sind, ist ebenso zu anerkennen. Streitereien um die Extrempositionen sind hier völlig unfruchtbar und fehl am Platz. Die Schulen brauchen jedoch eine stark verbesserte Ausrüstung für den Umgang mit heterogenen Lerngruppen. Mit Blick auf die Entwicklung der Gesellschaft braucht es deutlich mehr Tagesstrukturen sowie Massnahmen der Frühförderung.

6. Auftrag erfüllen statt Kulissen malen

Der modischen Kontroll- und Wettbewerbsrhetorik ist eine klare Absage zu erteilen. Die Benchmarking-Analogien aus der Privatwirtschaft sind aus verschiedenen Gründen nicht auf ein öffentliches Pflichtschulwesen übertragbar. Länder mit extremer Wettbewerbskultur (Schulrankings, Benchmarkings- und Schulaudits) sind damit nicht erfolgreich, weil die Schulen solche untauglichen Ansätze rasch unterlaufen und gezwungen sind, ihre Energie in die «Kulissenmalerei» statt in die Qualität der Auftragserfüllung zu investieren. Die schulgerechte Alternative ist die Verpflichtung der Schulen zur Rechenschaftslegung über die Auftragserfüllung. Dies geschieht auf der Basis einer professionell durchgeführten und kontrollierten Selbstevaluation.

7. Politische Bildung stärken

Die politische Bildung ist völlig ungenügend geworden, was die kompetente Teilhabe der Bürgerinnen und Bürger an der demokratischen Gestaltung des Gemeinwesens gefährdet. Der politischen Bildung drohen weitere Kürzungen im Lehrplan und in der Stundendotation. Es braucht gesicherte elementare Kenntnisse über das Funktionieren unserer politischen Institutionen. Und bei den Kindern und Jugendlichen muss für das persönliche politische Engagement der Sinn geweckt und der Wille geschaffen werden. Gefordert ist hier eine gemeinsame Bildungsoffensive von Politik, Schulbehörden und Lehrerschaft mit den dafür notwendigen Ressourcen.

Präsidiumskonferenz LCH und Comité du SER
Zürich und Martigny, 18. April 2011

Erster Schweizer Bildungstag
2. September 2011
Hotel Bellevue Bern

LCH – Dachverband Schweizer Lehrerinnen und Lehrer
SER – Syndicat des enseignants romands

bildungstag.ch • journee-education.ch

Zentralsekretariat: Ringstrasse 54, 8057 Zürich 044 315 54 54
Le secrétariat général: Av. de la Gare 40, 1920 Martigny 027 723 59 60

info@bildungstag.ch • info@journee-education.ch